

## STICHTING TER VOORKOMING MISBRUIK GENETISCHE MANIPULATIE (VoMiGEN)

Stiftung zur Vorbeugung des Missbrauchs durch Genetische Manipulation.

Van Speykstraat 87 - 3014 VE Rotterdam. (Niederlande) [www.wirsinduberal.de](http://www.wirsinduberal.de) und [www.vomigen.nl](http://www.vomigen.nl) e-mail: [verlinden@live.nl](mailto:verlinden@live.nl) KvK te Rotterdam onder nr. 24290161



### **Offenes Einschreiben.**

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte  
Allée des Droits de l'Homme  
67075 Strassburg  
Cedex/ Frankreich

Berlin, den 14. April 2011.

### **ECHR –PGerO -AVS/AVS/maa -Betreff Nr. 63079/10.**

**Berufung** gegen die Genehmigung für das genetische Manipulieren von den berühmten Blumen des verstorbenen Prinzen Bernhard, den Nelken. Staatsrat Niederlande. Verfahrensnummer 201001002/1/M1.

Sehr geehrte Frau Agnes van Steijn/ Rechtsreferentin,

mit Bezug auf unsere Korrespondenz von 14. Oktober<sup>1</sup>, 29 Oktober 2010, 11 Januar, 8 Februar, 4. März und 25 März 2011 übersenden wir Sie unser ausgefülltes Beschwerdeformular in **pdf** unten der Nummer: 63079/10.

Inzwischen verbleibe wir mit vorzüglicher Hochachtung als Ihr Diener für das allgemeine öffentliche Wohl. \*

---

Robert A. Verlinden.

*Stiftung für die Vorbeugung des Missbrauch von Genetischer Manipulation. (VoMiGEN)*

*Kandidat nr.7 der vormaligen [www.lijst14.nl](http://www.lijst14.nl)*

\***1** Zu Ehren der alten Widerstandskämpfer „Liebe zur Erde und der Welt“ ist eine Plattform von Dienerin in Aufbau für die Entwicklung des allgemeinen öffentlichen Wohls zu dienen, ohne eigene Dossiers zu bevorzugen.

---

<sup>1</sup> <http://www.gentechvrij.nl/plaatjesgen/robanjerhofvjus101014nelken.pdf>

**I. Les Parties**  
**The Parties**  
**Die Parteien**

**A) Angaben über den Beschwerdeführer und ggf, den Bevollmächtigten.**



1 +2. **STICHTING TER VOORKOMING MISBRUIK GENETISCHE MANIPULATIE (VoMiGEN)** *Stiftung zur Vorbeugung des Missbrauchs durch Genetische Manipulation.*

3. Niederlande.
4. Stiftung zur Vorbeugung des Missbrauchs durch Genetische Manipulation.
- 5 Gegründet in den 19. Januar 1999.
6. Van Speykstraat 87, 3014 VE Rotterdam. Niederlande.
7. Tel. 0031 10 7850589.
8. Sehe Nummer 6.
9. Bevollmächtigte: Robert A. Verlinden.
10. Gründer der Stiftung VoMiGEN.
11. Van Speykstraat 87, Rotterdam. Niederlande.
- 12 Tel. 0031 10 7850589.

**B) Angabe des Staates/der Staaten gegen den /die die Beschwerde gerichtet ist:**  
Niederland

**II Expose des faits**  
**II Statements of the facts**  
**II Darlegung des Sachverhaltes.**

**II.14. Die Genehmigung für die Einführung von genetisch manipulierten Organismen GMO, den Nelken, in der Umwelt.**

Diese Berufung geht um die Einführung von den genmanipulierten GMO-Nelken, die berühmten Blumen wurden als besonderes Symbol des verstorbenen Prinzen Bernhard verwandt. Weiterhin wird betont, dass das Argument, dass GMO's notwendig sind, um den Welthunger zu bekämpfen, ein halbe Wahrheit ist. Halbe Wahrheiten sind gefährlicher als Lügen (John Lukacs).

Das heißt:

- Artikel 5 – **‚Recht auf Freiheit und Sicherheit‘** Was man zum Guten genetisch manipulieren kann, kann man auch zum Schlechten manipulieren. Das heißt, dass die Einführung von GMO, und auch Cisgenese- und Nanotechnik gefährlicher ist, als eine Atombombe in der Hand des Iran oder eine Naturkatastrophe.
- Artikel 8 – **‚Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens‘**. D.h. Schutz der Integrität des Körpers.
- Artikel 1, erstes Protokoll – **‚Schutz des Eigentums‘**. D.h. ungestörter Genuss von Eigentum.

Das Nichtbesprechen und die fehlende Beurteilung von diesen und weiteren Berufungsgründen generiert halbe Wahrheiten und Populismus. Und wie gesagt, halbe Wahrheiten sind gefährlicher als Lügen (Historiker: John Lukacs).

Trotzdem ich in meiner Beschwerde auf das berühmte Dossier des kanadischen Bauern Percy Schmeisser verwiesen habe, urteilt der Staatsrat abstrakt am 15. September 2010: ‚Die Stiftung hat ihre These nicht begründet‘.

Separat davon hat der niederländische Staatsrat gleichzeitig abstrakt geurteilt, dass die nicht subventionierte und nicht institutionell registrierte Gruppe der ‚European GMO Free Citizens‘ [www.gentechvrij.nl](http://www.gentechvrij.nl) keinen Zugang zum Recht hat, was durch die Verfahrensaussprache,

unter Punkt 2.1, bestätigt wird. Auch hier urteilt der Staatsrat abstrakt: ‚Die Stiftung hat ihre These nicht begründet‘.

Auch das stimmt nicht. Die Aussprache, dass die nicht institutionell registrierte Gruppe der ‚European GMO Free Citizens‘ [www.gentechvrij.nl](http://www.gentechvrij.nl) keinen Zugang zum Recht hat, steht im Widerspruch zu dem Verfahrensrecht für Einzelpersonen und nichtregistrierte Gruppen, der so genannten Actio Popularis.

Aber diese wurde am 1. Juli 2005 in den Niederlanden und am 16. November 2010 mit der Legitimität der abstrakten Jurisprudenz Ihrer Institution geräuschlos beseitigt. Das steht im Widerspruch mit dem internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR-International Covenant on Civil and Political Rights).

Bei abstrakter Jurisprudenz wird die Einwilligungserklärung (*Informed consent*) vorenthalten. Das widerspricht den Begriffen Freiheit und Demokratie und dem internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR-International Covenant on Civil and Political Rights). Des weitern steht dies im Gegensatz mit den Prinzipien der Grundrechte von 1848. Kein steuerzahlender Mensch in Europa ist darüber konsultiert noch informiert worden. Wieso will EU Haushaltskommissar Januse Lewan Dowski Abgaben direkt bei EU Bürgern kassieren? ‚EU verlangt eigene Steuer‘ Süddeutsche Zeitung 11/4/11. Bitte seien Sie so nett und sehen dazu folgenden Paragraph **IV.17**.

**Zur Erinnerung:** Herr Heiner Geißler hat bei Stuttgart 21 wieder die wichtigsten Prinzipien der Grundrechte von 1848 auf den Tisch gebracht. **Zitat:** ‚*Alle Argumente, alle Fakten alle Zahlen und Einschätzungen müssen auf den Tisch*‘ **Ende Zitat.** Heiner Geissler (Süddeutsche Zeitung 7/10 und 13/10/10).

Wir bitten der Europäischen Gerichtshof unsere Berufungsgründe an Hand der europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten und an Hand des internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR-International Covenant on Civil and Political Rights) zu testen.

### **III Angabe der geltend gemachten Verletzung(en) der Konventionen und der Zusatzprotokolle und Begründung der Beschwerde:**

**III. 15:** Wie unter II.14 gesagt ist die Einführung von GMO in der Umwelt im Widerspruch zu den Artikeln 5, 8, und 1 des ersten Protokolls der europäischen Menschenrechtskonvention. Das heißt:

- Artikel 5 – ‚**Recht auf Freiheit und Sicherheit**‘ Was man zum Guten genetisch manipulieren kann, kann man auch zum Schlechten manipulieren. Das heißt, dass die Einführung von GMO, und auch Cisgenese und Nanotechnik gefährlicher ist, als eine Atombombe in der Hand des Iran oder eine Naturkatastrophe.
- Artikel 8 – ‚**Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens**‘. D.h. Schutz der Integrität des Körpers.
- Artikel 1, erstes Protokoll – ‚**Schutz des Eigentums**‘. D.h. ungestörter Genuss von Eigentum.

Bitte verwechseln sie genetisch manipulierte Organismen nicht mit genetisch modifizierten Organismen. Genetisch modifizierte Organismen entstanden nach der genetischen Manipulation der einzelnen Organismen. Nach der genetischen Manipulation fängt durch Fremdbefruchtung oder andere Formen der Multiplikation die Genetische Modifikation an, wodurch auch der Grund benachbarter Flächen genetisch kontaminiert wird. Soweit bekannt ist, gibt es keine wissenschaftliche Grundlage, dass Fremdbefruchtung oder andere Formen der Multiplikation nach genetischer Manipulation nicht auftreten können. Zum Beweis:

**Zitat:** ‚*Patente schaffen Abhängigkeiten: Das bedeutet für die Landwirte, die Gentech-Pflanzen benutzen wollen, dass sie das Saatgut jedes Jahr kaufen oder Lizenzgebühren zahlen müssen. Im Fall des kanadischen Bauern Percy Schmeisser hat Monsanto sogar dann*‘

Lizenzgebühren verlangt, wenn es sich um ungewollte Verschmutzungen von Nachbarfeldern handelte. Dadurch, dass die Bauern ihr uraltes Recht, das Saatgut selbst zu vermehren, verlieren, geraten sie in Abhängigkeit von Saatgutkonzernen, die immer mächtiger werden. Die Patente sind aber nicht auf Saatgut und Pflanzen beschränkt, sondern erstrecken sich in vielen Fällen über die Ernte bis hin zum Lebensmittel.' **Ende Zitat.** <http://www.keine-gentechnik.de/dossiers/patente.html>

Das Dossier des kanadischen Bauern Percy Schmeisser beweist, dass die Einführung von GMO in der Umwelt im Widerspruch zu den Artikeln 5, 8, und 1 des ersten Protokolls der europäischen Menschenrechtskonvention steht.

Die Frage ist dann auch nicht mehr ob Auskreuzung auftritt, sondern wie gravierend sie ist, verglichen mit der durch Kernkraftwerke bedingten Auskreuzung.

Was man zum Guten genetisch manipulieren kann, kann man auch zum Schlechten manipulieren. Bewusst oder durch Zufall, Unfälle oder einfach durch die Natürliche Bestäubung entsteht so eine genetische Modifikation der Biodiversität.

**Beilage 1:** ,The effect of wind direction on cross pollination in wind pollinated GM Crops. Martin Hoyle and James Cresswell.

**Beilage 2:** Honig vor Gericht: Hobby-Imker Karl Heinz Bablok hat etwas ins Rollen gebracht. Wegen seiner Klage wird vor Gericht geklärt, ob Imker vor gentechnisch veränderten (GVO) Pollen geschützt werden müssen. Wann ist mit einer Entscheidung zu rechnen? Im Februar hat der Generalanwalt seine Stellungnahme abgegeben. Er hat im Wesentlichen unserer Rechtsauffassung entsprochen. Wann der europäische Gerichtshof entscheidet, wissen wir nicht. Wir rechnen mit etwa sechs Monaten.

So verlieren wir unser Wissen über die Artenvielfalt unserer Vorfahren. Neues Wissen entsteht. Die neue Kenntnis über die Biodiversität ist dann nicht mehr das Wissen der Bevölkerung, sondern das Wissen des Wissenschaftlers der Großaktionäre der multinationalen Konzerne. Mit anderen Worten umfasst das in diesem Fall: Königen, Königinnen, den Adel und Elite d.h. das System. Das System der Reichen basiert auf den Auswirkungen des Sprichworts: ,Wessen Brot ich ess, dessen Lied ich sing'. ,Das Reich zerfiel, die Reichen blieben' (Bernt Engelmann).

Das zieht eine Zentralisierung der Macht mit sich welche durch das neue Wissen ein Fundament erhält der neue unumkehrbar Faschismus und dadurch der folgenschwerste seiner Art. Das trifft auch auf den bevorstehenden *codex alimentarius* und die *tetras politica* zu, worüber die Bevölkerung bis heute nicht konsultiert und nicht informiert worden ist. Auch die FAO Weltorganisation zweigt dazu. Warum? Es ist im Widerspruch mit den Begriffen Demokratie und Freiheit und im Widerspruch mit den Prinzipien der Grundrechte des Jahres 1848.

Das heißt, dass die Einführung von GMO und auch Cisgenese und Nanotechnik in der Umwelt für die Menschheit gefährlicher ist, als Naturkatastrophen oder eine Atombombe in der Hand des Iran. ,Das geringste Prickeln kann große Folgen haben'. (,Die Welt als Wille und Vorstellung' Arthur Schopenhauer.)

Die einfache Vernunft Reicht aus, um Jung oder Alt, dummen oder schlaun Menschen, Frauen oder Männern, Bauern oder Konsumenten, Wissenschaftlern oder Kaufmännern das Wissen von der Gefährlichkeit im Zusammenhang mit der genetischen Manipulation von Organismen vor Augen zu führen. Nur der Staatsrat urteilt am 15. September 2010 abstrakt: ,Die Stiftung hat ihre These nicht begründet'.

Hinzu kommt, dass Königin Beatrix Vorsitzende des Staatsrates ist. Kronprinz Alexander und seine argentinischen Gemahlin Maxima sind ebenfalls Mitglieder des Staatsrates.

Das steht im Widerspruch mit der Verteilung der Staatsgewalt auf mehrere Staatsorgane zum Zwecke der Machtbegrenzung und der Sicherung von Freiheit und Gleichheit. Das heißt, die Triaslehre (Montesquieu) unterscheidet drei Gewalten, die Gesetzgebung (Legislative), die Vollziehung (Exekutive) und die Rechtsprechung (Judikative).

Das Nichtrespektieren der Triaslehre steht im Widerspruch zu den Verabredungen mit den Bürgern, die beim Abschluss des Vertrages von Kohle und Stahl im Jahr 1951 beteiligt waren. Die Bürger konnten damals erwarten, dass die Staatsoberhäupter der demokratischen Länder die Lehre der Gewaltenteilung respektieren würden. Aber dies ist in den Niederlanden und auch bei Ihrem Gerichtshof in Strassburg nicht der Fall.

Bitte seien Sie so nett und sehen Sie sich auch dazu der Zeitungsartikel ‚VVD aanval op Europes hof zet de bijl in liberaal erfgoed‘. Übersetzung: ‚VVD Angriff auf europäisches Gericht legte die Axt in des liberalen Erbe an‘. (NRC 13/4/11) **Zitat:**

Die Richter sind Politiker in Roben und untergraben die trias politica. Sie sollten in ihren Dachboden zurückkehren, argumentieren die VVD Politiker’ **Ende Zitat. Beilage 5.**

Zufall oder nicht, aber Kronprinz Alexander machte in der Öffentlichkeit bekannt, dass er und seine Familie den Unterschied zwischen genetisch verändertem und biologischem Gemüse nicht spürt. Damit ist er der einzige in Europa. Er erzählte, dass sein Gemüse aus dem eigenen Garten kommt und das stellt ihn zufrieden. Anders gesagt, wenn das Gemüse aus dem eigenen Garten kommt, kann doch bei ihm niemals genetisch manipuliertes Gemüse auf den Tisch kommen. (Agd 14/8/04/p8 en p9).

Um meinen Standpunkt zu verdeutlichen, dass die Einführung von genmanipulierten Organismen im Widerspruch zu den Artikeln 5, 8, und 1 des ersten Protokolls der europäischen Menschenrechtskonvention steht, bitte ich Sie das unten stehende Interview mit Professor Árpád Pusztai zu beachten.

### Meiden Sie Genprodukte, wo es nur geht!

**Genmanipulierte Nahrung gefährdet Wachstum, Immunsystem und Fruchtbarkeit, sagt der prominente Biochemiker Árpád Pusztai - und wirft der Branche vor, sie leugne ihre Risiken.** Professor Árpád Pusztai, geboren am 8.9.1930 in Ungarn, ist Biochemiker und weltweit einer der führenden Experten für Pflanzenlektine - spezielle Proteine, die für Stoffwechsel und Immunsystem wichtig sind. Er arbeitete 30 Jahre am Rowett Research Institute, einer staatlichen Lebensmittelbehörde an der schottischen Universität Aberdeen, bis er 1998 infolge eines Kurzinterviews fürs Fernsehen gefeuert wurde: Er hatte über seine Studie berichtet, die zeigte, dass die Genmanipulation von Zutaten für Lebensmittel als solche problematisch ist und ihre Nebeneffekte genauer untersucht werden müssten. Seither gilt er der Gentech-Industrie als persona non grata, für Gentechnikgegner ist er ein Held. Über seinen Fall sind inzwischen mehrere Dokumentarfilme erschienen.

**Herr Pusztai, würden Sie Lebensmittel mit genmodifizierten Zutaten essen?**

**Bestimmt nicht. Man sollte sehr vorsichtig sein, die Etiketten ganz genau lesen. Und alles, was Gensoja oder -mais enthält, würde ich nicht kaufen.**

**Warum?**

**Einfach um sicherzugehen. Für Gensoja etwa gibt es deutliche Hinweise auf Gesundheitsgefahren, und für Mais ebenso. Und darum versuchen meine Frau und ich, diese Zutaten zu meiden, wo es nur geht.**

**Welche Hinweise sind das?**

**Da gibt es zum Beispiel Studienergebnisse aus Argentinien, die zeigen, dass Gensoja das Hormonsystem durcheinanderbringt und so die Fruchtbarkeit beeinträchtigt.**

**Sie selbst haben bereits 1998 nach einer eigenen dreijährigen Studie in Großbritannien vor möglichen Gesundheitsschäden durch genmanipulierte Lebensmittel gewarnt. Industrie und Politik liefen Sturm und sorgten dafür, dass Sie Ihren Job verloren ...**

**Ich war der Erste, der öffentlich aussprach, dass genmanipulierte Zutaten von Lebensmitteln nicht ausreichend auf mögliche Gesundheitsschäden erforscht und getestet werden. Bis heute gehen Industrie und Politik einfach davon aus, dass etwa Gensoja genauso sicher ist wie herkömmliches, weil es die gleichen Proteine, Vitamine und sonstigen Nährstoffe enthalte. Aber unsere Studie damals offenbarte: Wenn man ein Transgen einschleust, stört dies das**

Genom des Wirtes. Mit diesem einen fremden Gen verändert man die Funktion von ein- bis zweitausend, vielleicht sogar dreitausend Genen.



Das sind dann also unerwünschte Nebeneffekte, die mit dem eigentlich beabsichtigten Ziel der Manipulation nichts zu tun haben?

Genau. Und diese Nebeneffekte wurden nie gründlich untersucht, ihre Folgen sind bis heute völlig unbekannt. Aber laut Gesetz muss man sie auch nicht untersuchen, weil die Gentechnologie als "neutral" angesehen wird.

Bedeutet dies, dass eine mögliche Gefahr nicht unbedingt von dem einzelnen Gen ausgeht, das da eingesetzt wird, sondern dass die Methode als solche problematisch ist?

Sie haben es erfasst. Genau das ist der Grund, warum unsere Ergebnisse so unbequem sind: Sie stellen den ganzen Technologiezweig in Frage.

Was genau haben Sie in Ihrer Studie eigentlich gemacht?

Wir haben Ratten mit drei verschiedenen Futtersorten gefüttert. Eine bestand aus normalen Kartoffeln, eine aus transgenen Kartoffeln, und eine aus Kartoffeln, bei denen das Transgen nur einfach hinzugegeben worden war wie Zucker oder Salz. Laut Industrie hätten alle drei Sorten die gleiche Wirkung haben sollen. Aber so war es nicht.

Sondern?

Nur die transgene Kartoffel verursachte Probleme: Wachstum, Immunabwehr und Organentwicklung wurden gestört. Die Tatsache, dass die Kartoffel mit beigemengtem Transgen keine Wirkung zeigte, weist darauf hin, dass es nicht das Transgen selbst ist, das die Probleme verursacht, sondern das Einbauen ins Genom. Und dies wird natürlich nicht nur bei Kartoffeln gemacht, die Methode ist überall dieselbe. Als wir das damals in einer Studie in dem Fachmagazin Lancet ausführlich beschrieben haben, konnte dies den Unternehmen natürlich nicht gefallen.

Es war aber damals nicht erst die Studie in Lancet, die so viel Aufruhr verursachte, sondern ein Fernsehinterview, dass Sie vorab gaben ...

Richtig, es dauerte ganze 130 Sekunden. Wir dachten, unsere Ergebnisse seien so wichtig, dass man damit sofort an die Öffentlichkeit gehen musste. In den ersten zwei Tagen danach zeigte sich das Institut, an dem ich arbeitete, auch sehr stolz auf die Ergebnisse und die Publicity ...

#### INTERVIEW: JAN BERNDORFF

(Weiter lesen können Sie in der April-Ausgabe von natur+kosmosos.)

Der Britische Wissenschaftler Professor Árpád Pusztai war im September 1999 nach Amsterdam ins ‚Artis‘ gekommen. Er wollte sich gegen die Vorwürfe über die transgene Kartoffel wehren, welche in der Lancet (1823 gegründet) von dem RIKILT Forscher Dr. Harry Kuiper erhoben wurden. Bei dieser Veranstaltung waren circa 500 Personen anwesend. Aber, Dr. Harry Kuiper und seine Kollegen von RIKILT, dem Staatlichem Institut für Lebensmittel, welches Teil der Wageningen University und Research Centre ist, sind nicht gekommen. Sie haben geblüht durch Abwesenheit. ‚Why didn't he show up?‘ fragte Pusztai und 500 Anwesende empört.

Es ist nicht zu glauben, aber am 27. April 2006 wurde Dr. Harry Kuiper als Mitglied der italienischen Accademia dei Georgofili Agraria eingeweiht. Derzeit spielt er auch noch die Rolle des Vorsitzenden des wissenschaftlichen Gremiums für genetisch veränderte Organismen der europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA.

Durch die Tatsache, dass Harry Kuiper nicht mit Professor Árpád Pusztai in der Öffentlichkeit diskutiert hat, weil er und seine Kollegen von der RIKILT nicht erschienen sind, wird verdeutlicht dass Dr. Harry Kuiper kein Forscher ist, aber ein Populist. Ein Populist ist jemand der nur über sein eigenes Recht redet, ohne den grundrechtlichen Meinungsbildungsprozess mit anderen für die grundrechtliche Einwilligungserklärung vom Jahr 1848 zu respektieren. Im Endeffekt entsteht Populismus nur durch die Auswirkungen des Sprichworts ‚Wes Brot ich ess, des Lied ich sing‘.

#### **IV. Angabe zu Artikel 35 Abs.1 der Konvention. Andere Entscheidungen ( in zeitlicher Reihenfolge mit Angabe des Datums und der Art der Entscheidung sowie der Bezeichnung des Gerichtes oder der Behörde).**

##### **IV 16. Letzte innerstaatliche Entscheidung.**

Niederländischer Staatsrat, den 15 September 2010. Nummer: 201001002/1/M1. Bitte seien Sie so Nett und sehen Sie unsere Schreiben den 15. Oktober 2010. **Beilage 3)**

##### **IV.17 Andere Entscheidungen (in Zeitlicher Reihenfolge mit Angabe des Datums und der Art der Entscheidung sowie der Bezeichnung des Gerichts oder der Behörde.**

Neben der oben genannten Aussprache verweise ich Sie noch auf 4 andere Aussprachen:

A) GMO Avebee Kartoffel 2004

B) GMO Mais und Präjudizielle Frage in Luxemburg 2009

C) GMO MAIS 2010:

D) Actio popularis. Das Verfahrensrecht für Einzelpersonen und nichtregistrierte Gruppen. Petition 3636/09 ‚Verlinden gegen Niederlande‘ . Den 16. November 2010.

**A) Kartoffel 2004:** Neben der oben genannten Aussprache über die Nelke, hat der Niederländische Staatsrat im Jahr 2004 über unseren genannte Berufungsgrund Artikel 8, und 1 des ersten Protokolls der europäischen Menschenrechtskonvention, ebenfalls nicht geurteilt. Es handelte sich damals um die eingeführte genetisch manipulierte "AVEBE" - Kartoffel in Veendam Nummer: DGM/SAS -BGGO 01/12.

2004 wird durch den Staatsrat nur auf einem Berufungsgrund zu Gunsten von VoMiGEN richtig geurteilt. D.h., der Staatrat war einverstanden mit einer unserem Berufsgrund, dass die Kriterien für die Einführung von GMO in der Umwelt nicht bekannt waren. Der Staatsrat meinte damals, dass es dadurch nicht nötig sei die übrigen Berufungsgründe zu besprechen. Jetzt, 7 Jahre später, verlangen wir in der gleichen Frage erneut eine Rechtsprechung.

Wenig Monate später wird am 1. November 2004 der Pakt der Koexistenz im primären Sektor, unter dem Vorsitz J. van Dijk, präsentiert.

Gleichzeitig wurde festgestellt, dass die dafür hinzugezogene **NGO** Aarde, Boer und Consument (ABC), keine Konsumenten als Mitglieder hat.

Später wurde festgestellt, dass die Institution der **NGO** Biologica, welche auch bei diesem Pakt beteiligt war, am 1. Januar 2002 die Zustimmung dazu gegeben hat, dass die Versammlungsfreiheit der Beratungsrat für den Meinungsbildungsprozess, welcher sich in dem Institut der biologischen Kontrollorganisation SKAL, befand, von dem Privatlogo EKO, geräuschlos beseitigt geworden ist.

Damit ist das grundrechtliche Recht auf den Meinungsbildungsprozess für die notwendige und grundrechtliche Einwilligungserklärung für politische Souveränität des Individuums beseitigt. Hinzu kommt, dass es hier um eine private Marke geht, das heißt, dass damit das Kriterium des biologischen Privatlogo EKO, durch die niederländische Königin und Regierung geräuschlos geraubt wurde.

In diesem Zusammenhang verweisen wir Sie auf die Jahresberichte der SKAL von 1999, 2000, 2001 und 2002. Dort steht kein Wort über die Beseitigung des Beratungsrats geschrieben. Trotz dieser Tatsache sind diese Jahresberichte durch einen königlichen NIVRA Accountant genehmigt worden.

Förmlich wurden wir hiervon zum ersten Mal am 14. Juni 2007 durch die ehemalige Ministerin Gerda Verburg in Kenntnis gesetzt. Derzeit ist Verburg/CDA die neue permanente niederländische Repräsentantin in der FAO, Weltorganisation.

Trotz dieses Schweigens in den Jahresberichten der SKAL, wird der niederländische Hans Hoogervorst, seit 2007 Vorsitzender der Autorität Finanzielle Märkten (AFM), am 1. Juli 2011 als neuer Vorsitzender der IASB (International Accounting Standards Board) in London ernannt. Diese Institute mit circa 100 Mitgliedsländern arbeiten an weltweit uniformen Rechnungslegungsstandards. Das bedeutet mehr Zentralisierung statt Dezentralisierung wie die Bevölkerung dies wünscht. Bei Buitenhof TV sagte er am 10. April 2011, dass er immer von so einem Job geträumt hat.

Es ist deutlich, dass diese Beseitigung des Beratungsrates für den Meinungsbildungsprozess im Widerspruch mit den Prinzipien der Grundrechte von 1848 steht. Weiterhin steht es im Widerspruch zu dem internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR-International Covenant on Civil and Political Rights). Es wird auch deutlich, dass diese politische Manipulation in den Institutionen von **NGO's** in den Niederlanden nur durch Subvention möglich ist. Subvention generiert die Wirkung des Sprichwort: ‚Wes Brot ich ess, des Lied ich sing‘.

Die Einwilligungserklärung (informed consent) ist im Zusammenhang mit der actio popularis unbedingt notwendig für die Souveränität des Individuums, was das wichtigste Kriterium des Grundrechts ist.

Souveränität für das Individuum ist nur möglich, wenn neben dem begriff ‚Recht‘ auch der Begriff ‚**Pflicht**‘ bekannt ist.

Bei den Grundrechten von 1848 geht es besonders um die Pflicht. Aber diese Pflichten sind nicht Bestandteil der internationalen Verträge und auch nicht in der universellen Erklärung der Menschenrechte verankert.

Recht ist inhärent an der Pflicht. Ohne Pflicht gibt es kein Recht. Wenn die Staatsoberhäupter, d.h. die Mitglieder des Europarats in Straßburg, diese Pflicht vom Recht auf Exemplarische Entscheidungen der Mitglieder der Institutionen, basierend auf dem Recht auf Vereinigung mit dem inhärenten Recht auf Versammlung für den Meinungsbildungsprozess mit den exemplarischen Entscheidungen für die Einwilligungserklärung, nicht respektieren, dann bleibt das Recht in den Händen der Stärksten, das heißt bei den Staatsoberhäuptern, wie das auch vor 1848 in Europa der Fall war.

Leider sind diese Geschichte und diese Prinzipien das große Unbekannte in Europa. Seit der französischen und amerikanischen Proklamation der Menschenrechte von 1789, wurde es vernachlässigt die Pflichten des Staatsoberhauptes in allen Verträgen über Menschenrechte und Grundgesetze festzusetzen. Ohne Bekanntgabe der Pflichten des Staatsoberhauptes, d.h. der **Europarat in Straßburg**, ist die politische Souveränität für das Individuum unmöglich.

### **Die wichtigsten Pflichten der Prinzipien der Grundrechte von 1848 sind:**

**a)** Die Pflicht der Aufklärung in der Bevölkerung von : *neuen Gesetzen, Gesetzesänderungen, Kriegen und weiteren politischen Entwicklungen* und Grundsätzen.

**b)** Die Pflicht, den Meinungsbildungsprozess zu ermöglichen und zu respektieren. D.h. Versammlungsfreiheit um die Äußerung von freien Gedanken garantieren, um in den Institutionen alle Fakten, Argumente, Zahlen und Einschätzungen über das Besprochene zu generieren. Das heißt, dass durch einen Club von individuellen Denkern oder anderen Variationen, wie Wahlvereinen oder Räten, der Teil der Bevölkerung mit einem unmittelbaren Interesse in Aktion tritt.

**c)** Der Meinungsbildungsprozess generiert exemplarische Entscheidungen mit '*allen Argumenten, alle Fakten, allen Zahlen und Einschätzungen* der Mitglieder mit unmittelbarem Interesse der Mitglieder des Vereines. Nicht die Größe einer Partei hat ausführende politische Autorität, wie das bei den Protesten von Stuttgart 21 deutlich wurde, aber die Fakten, Argumente, Zahlen und Einschätzungen, die publiziert eine Exemplarische Entscheidungen darstellen, sind von Belang.

**d)** Die exemplarischen Entscheidungen für Mitglieder, aber insbesondere für Nichtmitglieder, genießen die Einwilligungserklärung (informed consent) für das Individuum. Die



Einwilligungserklärung mit allen Fakten, allen Argumente, Zahlen und Einschätzungen, generiert für das Individuum den ‚Aspekt‘ von politischer Autorität.

Es sind die exemplarischen Entscheidungen der Institutionen, welche der Souveränität für das Individuum Gestalt geben. Mit dieser Souveränität kann sich das Individuum, in Zusammenhang mit der actio popularis, gegenüber dem Staat wehren. Das ist das wichtigste Prinzip der Grundrechte: Unantastbares Recht des Einzelnen gegenüber dem Staat. Deutsches Wörterbuch Wahrig

**e)** Das unantastbare Recht des Einzelnen (Souveränität) um sich gegenüber dem Staat wehren zu können ist notwendig, damit das Verfahrensrecht eines Jeden, die sogenannte Individualbeschwerde (actio popularis), durch das Staatsoberhaupt respektiert wird. Allerdings wurde dieses Verfahrensrecht für Einzelpersonen und Gruppen, die so genannte Actio Popularis, am 1. Juli 2005 in den Niederlanden geräuschlos beseitigt. Am 16. November 2010 ist die Legitimität von dieser Beseitigung in einer abstrakten und nicht einlesbaren Jurisprudenz durch Ihren Gerichtshof bestätigt worden. Hiermit können alle Länder in Europa die actio popularis geräuschlos beseitigen. Das steht im Widerspruch mit allem, womit der Begriff Freiheit zu tun hat.

**B) Mais und Präjudizielle Frage in Luxemburg 2009.** Neben unserem Berufungsgrund Artikel 5, 8, und 1 des ersten Protokolls der europäischen Menschenrechtskonvention haben wir gleichzeitig eine präjudizielle Frage über die Unabhängigkeit des niederländischen Staatsrates gestellt.

In diesem Fall verweise ich Sie auf das Verfahren bei dem Europäischen Hof für Justiz in Luxemburg, Nummer 804.001 NL Präjudizielle Frage über öffentliche bekanntgaben der Räumliche Distanz beim Anbau der GMO Mais-Sorte C-360/08-1, und die Präjudizielle Frage über die Unabhängigkeit des Niederländische Staatsrates. Verfahren Staatsrat Nummer: 200702758/1/M1 Kläger: VoMiGEN und Greenpeace gegen das niederländische Ministerium für Wohnungswesen, Raumordnung und Umwelt bei dem Staatsrat.

Auf Grund der Aussprache in dem Verfahren C-552/07 (Commune de Sausheim gegen Pierre Azelvandre) hat der Europäische Hof für Justiz in Luxemburg dieses Verfahren an den Staatsrat ohne Aussprache zurückgegeben. D.h., dass auch hier die Einwilligungserklärung (Informed consent) über die Präjudizielle Frage über die Unabhängigkeit des niederländischen Staatsrates vorenthalten wird. Brief Staatsrat an Hof für Justiz in Luxemburg vom 26 März 2009. Eingeschrieben in das Register der Hof für Justiz unter der Nummer: 818.950.

Respekt für die Einwilligungserklärung ist das wichtigste Kriterium der Prinzipien der Grundrechte von 1848. Jurisprudenz ohne Fakten und Argumente, die man nicht einlesen und nicht verstehen kann, ist für die Bevölkerung wertlos. Es bedeutet nichts. Mit solcher Jurisprudenz ist Freiheit und Demokratie unmöglich und damit im Widerspruch mit den Menschenrechten und allen übrigen internationalen Verträgen. Daher ist es klar, dass diese Jurisprudenz im Widerspruch zu den Prinzipien der Grundrechte von 1848 steht. ‚Nur wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft‘ (Wilhelm von Humboldt/Deutscher Humanist).

Durch die Prozessbeschreibung des Verfahrens des Staatrates, vom 16. Juli 2008, mit der Nummer 200702758/1 unter Verweisung auf den Artikel 234 Der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, lernen wir, dass die EU Mitglieder: Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und Belgien bereits 1957 damit einverstanden waren, dass die Niederlande die Triaslehre nicht zu respektieren braucht. **Beilage 4:** Nummer 200702758/1. Den 16.Juli 2008/Seite 4. Paragraf 2.3., 2.3.1 und 2.3.2.

Im Niederländischen Fernsehprogramm ‚Buitenhof TV‘ hat am 3.Oktober 2010, Prof. Dr. M.L.M. (Marc) Hertogh gesagt, dass der Begriff Trennung der drei Gewalten in ‚Gleichwertigkeit‘ statt ‚Trennung‘ der drei Gewalten geändert wurde. Unserer Meinung nach sind solche geräuschlosen idiotischen Änderungen nur möglich, wenn die Prinzipien der Grundrechte aus dem Jahr 1848 nicht respektiert werden. Hier stellt sich die Frage, wie sieht das in den übrigen EU Ländern aus?

Unserer Meinung nach steht das Nichtrespektieren der Triaslehre im Widerspruch zu der Vereinbarung des EGKS-(Kohle und Stahl) Vertrages von 1951, welcher unter Hinzunahme der Bürger abgeschlossen wurde.

Ohne Respekt für die Triaslehre ist keine Demokratie im Sinne des obengenannten Vertrages von 1951 möglich. Dazu steht fest, dass Institutionen welche keine politische Einwilligungserklärung (Informed consent) generieren in Widerspruch mit den Begriff Freiheit und Demokratie stehen. Dazu steht das im Widerspruch zu den Prinzipien der Grundrechte des Jahres 1848.



**C) GMO MAIS 2010:** Neben der Entscheidung über obengenannte genetisch manipulierte "AVEBE" Kartoffel in Veendam und die Nelke, haben wir auch eine Entscheidung des Staatsrates über unser Beschwerde gegen die Feldversuche von genetisch manipuliertem MAIS in Haaksbergen, Venray, und Werkendam. Jurisprudenz den 9. September 2009 Nummer Staatsrat 200702758/1/M1. Diese steht bei dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte registriert unter der Nummer: 16137/10

Auch hier hat der Niederländische Staatsrat in 2009 über unseren genannten Berufungsgrund Artikel 5, 8, und 1 des ersten Protokolls der europäischen Menschenrechtskonvention, nicht geurteilt.

Neben der Täuschung das GMO notwendig sind, um den Welthunger zu bekämpfen, scheint es bei dem Mais so zu sein, dass man bewusst den Maiswurzelbohrer in die europäische Umwelt gebracht hat. Das schließen wir aus Folgendem:

Im Dezember 2005 erscheint ein Wissenschaftlicher Rapport vom Pflanzenschutzdienst Wageningen über den ‚Situation Maiswurzelbohrer 2005‘ (*Diabrotica virgifera virgifera*). Darin wurde festgestellt, dass der Maiswurzelbohrer nach Angaben des Pflanzenschutzdienstes Wageningen erstmals im Sommer 2005 in den Niederlande wahrgenommen wurde. Die Käfer stammen ursprünglich aus Mittelamerika, seit einigen Jahrzehnten ist aber insbesondere Nordamerika für den Käfer zur Heimat geworden. An Bord von Flugzeugen gelangte das Insekt auch nach Europa. Das erste Mal wurde es dem Pflanzenschutzdienst Wageningen zufolge 1992 auf dem Kontinentin der Nähe des Belgrader Flughafens nachgewiesen. Dieser gefürchtete Pflanzenschädling ist erstmals auch in Deutschland im Juli 2007 nachgewiesen worden.

Mit diesem Rapport, versucht der Pflanzenschutzdienst Wageningen eine Antwort zu finden, ob es einen Zusammenhang zwischen den Ergebnissen gibt. Im Rapport steht, dass die wichtigste Ursache dafür die Flugzeugtransporte sind, d.h. ‚Jumping Spread‘.

Aber in unseren Augen stimmt das nicht. Laut Wageningen Institut werden Maiswurzelbohrer in den meisten Fällen seit 1992 in der Nähe weil seit den 70er Jahren weltweit mit Jumbo's geflogen wurde. Warum ist der Maiswurzelbohrer nicht in den 70er oder 80er Jahren in Europa gefunden worden, stattdessen erst 1992? Solange wir auf diese Fragen keine vernünftigen Antworten erhalten haben scheint es, dass die Maiswurzelbohrer bewusst in die Europäische Umwelt gebracht worden sind.

Zufall oder nicht, aber im Dezember 1991 wurde auch die subventionierte Stiftung Konsument & Biotechnologie in Den Haag gegründet. Ende der 90er Jahre kommt diese Stiftung für die erste mal, wie ein Kaninchen aus einem Hut, in die Öffentlichkeit.

Zufall oder nicht, aber in der Weihnachtsansprache 1992 von Königin Beatrix werden neue Normen und Werten angekündigt. **Zitat:** "Wir müssen den Übergang suchen zu einer Gesellschaft mit einem neuen Gefühl von Normen und Regeln woran allgemein festgehalten wird". **Ende Zitat.** (Normen bedeutet Pflichten und Regeln bedeutet Werten.)

Es findet sich kein Parlamentarier, der bereit ist zu erklären welche neue Normen und Werte das sind.

**D) Actio Popularis 2010:** Die Aussprache, dass die nicht institutionell registrierte Gruppe der ‚European GMO Free Citizens‘ [www.gentechvrij.nl](http://www.gentechvrij.nl) keinen Zugang zum Recht hat, steht im Widerspruch zu dem Verfahrensrecht für Einzelpersonen und nichtregistrierte Gruppen, die so genannte Actio Popularis. Das bedeutet, dass das auch im Widerspruch zu dem

internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte steht (ICCPR-International Covenant on Civil and Political Rights).

Bitte sehen Sie dazu die Jurisprudenz von dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Petition 3636/10 ‚Verlinden gegen die Niederlande‘ vom 16. November 2010.



Um einen Schneeball-Effekt bei der Beseitigung der Actio Popularis in Europa zu vermeiden, bitte ich den nachfolgenden Leserbrief an die Junge Welt in Berlin vom 24. März 2011 zur Kenntnis zu nehmen.

***Vorwärts durch Rückblick auf die Prinzipien der Grundrechte von 1848.***

*„Nur wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft“ (Wilhelm von Humboldt/Humanist)*

**1848**

**STIMMEN DER ANDEREN! Leserbrief:**

**Frontalangriff auf Bürgerbeteiligung** (Die Junge Welt 24/3/11)

Hamburg SPD. – Senat will Mitbestimmung von Anwohnern bei Bauprojekten einschränken. „Einen Tag vor seiner Ernennung zum Staatsrat der Stadtentwicklungsbehörde hat der bisherige Wohnungs- Baukoordinator Michael Sachs dies am Dienstag im Hamburger Abendblatt angekündigt“.

Ich möchte Sie gerne warnen, dass dieser Gegenstand undemokratischer Entwicklung auf den Effekten des Sprichwortes: *„Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“*, basiert, welche seit 2002 auch in den Niederlanden stattfindet.

Um das zu ermöglichen hat die niederländische Königin und die Regierung am 1. Juli 2005 das Verfahrensrecht für Einzelpersonen und nichtregistrierte Gruppen, die so genannte Actio Popularis, in den Niederlanden geräuschlos beseitigt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg (EGMR) hat die Beseitigung der Actio Popularis bei einer Aussprache vom 9. November 2010, und in abstrakter Jurisprudenz am 16. November 2010 legitimiert, Petition 3636/09. Damit ist die Actio Popularis definitiv europaweit und geräuschlos verschwunden.

Die von Bundespräsident Christian Wulff gelobte holländische Königin Beatrix kommt im April 2011 zu einem Staatsbesuch nach Deutschland. Das ist ein guter Moment um unserem allgemeinen Wunsch vorwärts zu gehen, durch den Rückblick auf die Prinzipien der Grundrechte von 1848, Ausdruck zu verleihen.

Daraus ergibt sich die dringende Notwendigkeit wieder darüber zu reden.

Bitte sind Sie so nett und beachten Sie meine Pressenachricht über diesen unglaublichen Verfall unserer Demokratie und Freiheit.

Ihr Diener, um dem allgemeinen öffentlichen Wohl zu dienen.

Robert A. Verlinden.

***Vorwärts durch Rückblick auf die Prinzipien der Grundrechte von 1848.***

*„Nur wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft“ (Wilhelm von Humboldt/Humanist)*

**1848**

**Pressenachricht**

**ACTIO POPULARIS**

Das Verfahrensrecht für Einzelpersonen und nichtregistrierte Gruppen, die so genannte Actio Popularis, wurde am 1. Juli 2005 in den Niederlanden geräuschlos beseitigt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg (EGMR) hat das am 9. November 2010, in abstrakter Jurisprudenz vom 16. November 2010 legitimiert, Petition 3636/09, und damit ist

die Actio Popularis definitiv europaweit geräuschlos verschwunden. *Robert A. Verlinden- Rotterdam(NL)*.

## **Einleitung:**

**Was ist Politik?** Bei Politik müssen wir zwischen Politik und ausführender Politik unterscheiden. Politik, das sind unsere kollektiven Werte, das ist unsere Existenz, unser Sein und die Werte davon. Hierdurch ist Politik im Menschen verankert.

Wir alle wollen saubere Luft, sauberes Wasser, saubere Erde, saubere Landwirtschaft, medizinische Versorgung, Bildung, Sicherheit und Kohäsion in der Gesellschaft ohne Klimawandel, ohne Populismus, ohne Polarisierung und ohne Krieg. Diese kollektiven Werte können nur durch Gesetze geschützt werden.

Es ist die Pflicht von dem gewählten ausführenden Politiker inklusive des Staatsoberhauptes die Bevölkerung über vorgenommene neue Gesetze, Gesetzesänderungen, Kriege und übrige politische Entwicklungen rechtzeitig aufzuklären.

Das kann nur dann geschehen, wenn die ausführende Politik die Prinzipien der Grundrechte von 1848 respektiert. Das beinhaltet den Meinungsbildungsprozess mit dem ‚Aspekt‘ von politischer Autorität.

Der Meinungsbildungsprozess generiert exemplarische Entscheidungen mit ‚*Allen Argumenten, allen Fakten, allen Zahlen und Einschätzungen*‘ mit unmittelbarem Interesse der Mitglieder des Vereines (Institution).

Nicht die Größe einer Partei hat ausführende politische Autorität, wie das bei den Protesten von Stuttgart 21 deutlich geworden ist, aber die Fakten, Argumente, Zahlen und Einschätzungen die in exemplarischen Entscheidungen genannt und veröffentlicht werden, vertreten in der Essenz die politische Autorität.

Dafür ist es notwendig, die Versammlungsfreiheit für die Äußerung von freien Gedanken in den Institutionen zu ermöglichen um alle Fakten, Argumente, Zahlen und Einschätzungen über das Besprochene zu generieren. Das heißt, dass durch einen Club von individuellen Denkern oder anderen Variationen wie Wahlvereinen oder Räten mit dem Teil der Bevölkerung mit einem unmittelbarem Interesse, das besprochene Subjekt an Klarheit gewinnt.

Die exemplarische Entscheidung für Mitglieder, aber ins besondere für Nichtmitglieder, generiert nach der Publikation in der Öffentlichkeit, die Einwilligungserklärung (Informed consent) für das Individuum. Einwilligungserklärungen sind das wichtigste Kriterium einer Demokratie und unserer Freiheit.

Im Zusammenhang mit der Einwilligungserklärung steht das Verfahrensrecht eines Jeden, das Recht der Individualbeschwerde, die sogenannte *actio popularis*. Das ist das Fundament für die Souveränität des Einzelnen und ist damit das wichtigste Prinzip der Grundrechte von 1848.

## **Beseitigung:**

Allerdings wurde dieses Verfahrensrecht, die so genannte Actio Popularis, für Einzelpersonen und nichtregistrierte Gruppen am 1. Juli 2005 geräuschlos in den Niederlanden beseitigt.

Gut informierte Quellen aus Den Haag sagen, dass die Actio Popularis in die Französisch rechtliche Maxime ‚*Pas d'intérêt, pas d'action*‘ umgetauscht wurde, ohne zu definieren, was „Interesse“ bedeutet und für wen?

Über diese Beseitigung der Actio Popularis habe ich als Initiator und Kandidat List 14, Nummer 17 [www.lijst14.nl](http://www.lijst14.nl) und [www.lijst11.nl](http://www.lijst11.nl) , zwischen 2005 und 2010 in den Niederlanden geklagt. Die Entscheidung des Staatsrats wurde durch keine logisch nachvollziehbare Rechtfertigung getragen. Dafür hat der Unterzeichnende diese Klage bei dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) am 12. Januar 2009 eingereicht. Am 9. November 2010, d.h. 22 Monaten später, wird einfach und abstrakt geurteilt, dass

diese Klage als nicht zulässig betrachtet wird. Damit hat der EGMR die Beseitigung der Actio Popularis, d.h. der freien Meinungsäußerung für den Einzelnen in den gerichtlichen Institutionen für alle EU Mitglieder und Nichtmitglieder legitimiert und damit definitiv Europaweit beseitigt.

### **Jurisprudenz:**

Zum Beweis bitte ich Sie die freie Übersetzung vom Niederländischen ins Deutsche von dieser Jurisprudenz zu beachten.

**Zitat:** *„Petition Nr.3636/09 ‚Verlinden gegen die Niederlande‘. Den 16. November 2010.*

*Sehr geehrter Herr Verlinden,*

*hiermit informiere ich Sie, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am 09. November 2010, der als Einzelrichter (A. Gyulumyan) ihre Bewerbung vom 12. Januar 2009, welche unter obiger Nummer registriert ist, geprüft hat, diese als nicht zulässig betrachtet. Das Gericht befand, dass die Anforderungen des Vertrags nicht erfüllt seien.*

*Da alle Informationen, die der Gerichtshof hinsichtlich der Beschwerde in seiner Kompetenz unter der Verletzung von Ort und Datum sowie der Rechte und Freiheiten genommen hat, besteht darin eine Abweichung entgegen den Normen, die durch Konventionen und Protokolle festgesetzt sind.*

*Diese Entscheidung ist endgültig und unterliegt keiner Form der Berufung oder des Gerichts, einschließlich der Großen Kammer oder einem anderen Körper. Sie werden daher verstehen, dass das Register nicht in der Lage ist, weitere Einzelheiten über die Beratungen der Einzelrichter offen zu legen oder weitere Korrespondenz über die Entscheidung in diesem Fall ergriffen hat. Sie erhalten keine weiteren Unterlagen des Gerichts über diesen Fall und in Übereinstimmung mit den Anweisungen des Gerichts, werden sie informiert, die Datei ein Jahr nach dem Datum dieser Entscheidung aufzuheben. Diese Mitteilung geschieht gemäß Artikel 52A des Verwaltungsrats. Verfahrensordnung des Gerichtshofs. Im Auftrag des Gerichts, Agnes Steijnn Legal Secretary. **Ende Zitat.***

Zufall oder nicht, aber diese Entscheidung wurde einige Wochen später getroffen, als wir, die Stiftung zur Vorbeugung des Missbrauchs durch Genetische Manipulation (VoMiGEN), am 14. Oktober 2010 ein Klage eingereicht hatten über die Berufung gegen die Genehmigung für das genetische Manipulieren von den berühmten Blumen des verstorbenen Prinzen Bernhard, „den Nelken“. Staatsrat Niederlande. Verfahrensnummer 201001002/1/M1. In dieser Berufung verweisen wir nach unserer Berufung auf die Beseitigung der Actio Popularis vom 12. Januar 2009, Petition 3636/09.

<http://www.gentechvrij.nl/plaatjesgen/robanjerhofvjus101014nelken.pdf>

### **Schlussfolgerung:**

Wie Sie sehen kann kein Mensch einlesen wovon diese Jurisprudenz handelt. Auch das eigentliche Thema, die Beseitigung der Actio Popularis, ist nicht aufgeführt. Stattdessen wurde geschrieben: Petition Nr.3636/09 ‚Verlinden gegen die Niederlande‘. Es ist klar, dass Verlinden nicht gegen die Niederlande ist. Verlinden kämpft für die Souveränität der Werte der Einzelnen, d.h. unserer Demokratie, und für die kulturellen Werte in den Niederlanden und Europa.

Bei dieser Jurisprudenz ist die Einwilligungserklärung (Informed consent) vorenthalten. Respekt für die Einwilligungserklärung (informed consent) ist das wichtigste Kriterium der Prinzipien der Grundrechte von 1848. Politische und Rechtliche Entscheidungen ohne Einwilligungserklärung sind Populismus. *„Nur wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft“* (Wilhelm von Humboldt/Deutscher Humanist).

Jurisprudenz, die man nicht einlesen und nicht verstehen kann, ist für die Bevölkerung wertlos. Es bedeutet nichts. Mit solcher Jurisprudenz ist Freiheit und Demokratie unmöglich und damit im Widerspruch mit den Menschenrechten und allen übrigen internationalen Verträgen.

Die Prinzipien der Grundrechte von 1848, die Wurzeln unserer Demokratie, verdanken wir dem preußischem Proletariat. Diese große Geschichte von Europa ist gleichzeitig die große

Unbekannte. Hierdurch konnten die Prinzipien der Grundrechte, neben der Actio Popularis, auch aus dem EU Vertrag von Lissabon von 2007 geräuschlos beseitigt werden.<sup>2</sup>

Ohne Respekt für die Actio Popularis und die Prinzipien der Grundrechte von 1848 gibt es keine Demokratie mehr in Europa. Warum schweigen die Chefredakteure der unabhängigen Medien, im Widerspruch zu dem Codex de Bordeaux<sup>3</sup>, über diese wichtige Angelegenheit die alle Europäer angeht?

Robert A. Verlinden [www.wirsindueberall.de](http://www.wirsindueberall.de)  
Van Speykstraat 87  
3014 VE Rotterdam.  
Niederlande.

E-mail: [verlinden@live.nl](mailto:verlinden@live.nl) Mobile: (0031) 06-22110234 Berlin, den 25. März 2011.

#### **IV. 18. Gibt es oder gab es ein Rechtsmittel, das der Beschwerdeführer nicht eingelegt hat? Wenn ja, welches Rechtsmittel wurde nicht eingelegt? Warum?**

Ich verweise Sie auf das subventionierte Buch: ‚Spinoza als Leitfaden für eine freie Welt‘ mit einem Vorwort des damaligen Bürgermeisters Job Cohen. Weiterhin verweise ich Sie auf das nicht subventionierte Buch "Management-Innovationen" des Spinoza Kenners W. Klever. Hier lesen wir, **Zitat:** "Spinoza hat auch immer wieder betont, dass die Bewaffnung der Bürger für sie der einzige Weg ist, nicht von ihrem Herrscher unterdrückt zu werden" **Ende Zitat.** (Note 102/p64).

#### **Die Märztage in Berlin 1848.**

**Zitat:** ‚Es gehen jetzt Dinge vor, welche man gehörig und kuhwarm studieren muss, auf dass man dereinst, wenn man ein alter Mann wird und Kinder hat, denselbigen etwas erzählen kann. Selbst der Unbedeutendste muss jetzt fest auf der Wache

<sup>2</sup> Zum Beweis: Lissabon Vertrag 2007. „Kapitel 3: JUSTIZIELLE Zusammenarbeit in Zivilsachen. Artikel 65. Artikel 2.lid f: **Zitat** „die Beseitigung von Hindernissen für die reibungslose Abwicklung von Zivilverfahren, erforderlichenfalls durch Förderung der Vereinbarkeit der in den Mitgliedstaaten geltenden zivilrechtlichen Verfahrensvorschriften“. **Ende Zitat.**

a) Warum ‚erforderlichenfalls durch Förderung der Vereinbarkeit‘? b) Was sind die Kriterien des ‚erforderlichenfalls‘? c) Wie kann man Vereinbarkeit fordern, wenn wir wissen, dass alle Gesetze und Institutionen aus den Prinzipien unserer Grundrechte von 1848 hervorgehen, d.h. politische Versammlungsfreiheit für Meinungsäußerung durch die exemplarischen Entscheidungen mit allen Argumenten, allen Fakten, allen Zahlen und allen Einschätzungen, der Mitglieder der politischen Institutionen, was mit dem Verfahrensrechts für Einzelpersonen zusammenhängt, der so genannten Actio Popularis, welche das entscheidende Abwehrrecht des Individuums gegen den Staat darstellt. Bitte sehen Sie auch im Europäischen Parlament am 16. September 2010, den nachfolgenden Link, von Top 10e Video, Zweite Person mit einer Erklärung der Grundrechte. Das Video dauert insgesamt 4 Minuten. **Questions and comments from the audience:** <http://www.gmo-free-regions.org/conference2010/programme.html>

<sup>3</sup> DEUTSCHERRAT FÜR PUBLIC RELATIONS - CODE DE BORDEAUX: **Erklärung über die Prinzipien journalistischer Arbeit**  
Der 2. Weltkongress der Internationalen Vereinigung von Journalisten in Bordeaux vom 25. bis 28. April 1954 hat die folgende Erklärung beschlossen: Diese internationale Erklärung wird als Grundvoraussetzung für die Arbeitsweise von Journalisten verkündet, die Nachrichten und Informationen sammeln, übermitteln, verbreiten oder kommentieren und über Ereignisse berichten. **1.** Achtung von Wahrheit und der Anspruch der Öffentlichkeit auf Wahrheit ist die erste Pflicht eines Journalisten. **2.** In Verfolgung seiner Pflichten wird er das Doppelprinzip verteidigen: Freiheit für gewissenhafte Erlangung und Publizierung von Nachrichten und das Recht auf gerechte Kommentierung und Kritik. **3.** Der Journalist berichtet nur in Übereinstimmung mit Tatsachen, deren Ursprung er kennt. Er wird keine wichtigen Informationen verschweigen oder Unterlagen fälschen. **4.** Er wird nur faire Mittel anwenden, um Nachrichten, Fotografien oder Unterlagen zu erhalten. **5.** Er wird sein Möglichstes unternehmen, um eine veröffentlichte Information zu berichtigen, die sich als unrichtig erwiesen hat. **6.** Er wird berufsmäßig Verschwiegenheit über die Herkunft einer Information wahren, die er vertraulich erhalten hat. **7.** Er betrachtet die folgenden Punkte als grobe Verstöße: • geistiger Diebstahl • Verleumdung, Beleidigung, Verunglimpfung und unberechtigte Anschuldigung • die Annahme von Bestechung in jeder Form im Zusammenhang mit Publizierung oder Verfälschung. **8.** Jeder Journalist, der diese Berufsbezeichnung verdient, hält es für seine Pflicht, die vorgenannten Prinzipien gewissenhaft zu befolgen. Unter Berücksichtigung der Gesetzesvorschriften in den einzelnen Ländern anerkennt der Journalist in beruflichen Fragen nur das Urteil seiner Kollegen. Das schließt jede Einflussnahme durch Regierungen oder Dritte aus.

*stehen und die Nase hoch in die wehende Frühlingswitterung hinausrecken und nicht allein ein Winteresel bleiben im, allgemeinen Rosensturm'* **Ende Zitat.**

Gottfried Keller  
An Eduard Dössekel am 25. März 1848.

### **V Angabe des Ziels Ihrer Beschwerde**

**„Alles, was gegen die Natur ist, hat auf die Dauer keinen Bestand“.** Charles Darwin 1809-1882. Britischer Naturwissenschaftler und Evolutionsbiologe.

Anbauverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen in die Umwelt in Europa.

### **VI Andere internationale Instanzen, die mit dieser Angelegenheit befasst sind.**

Bis heute keine.

### **VII Beigefugte Unterlagen.**

- 1) The effect of Wind direction on cross-pollination in wind –pollinated GM Crops.
- 2) Honig vor Gericht
- 3) Unsere schreiben den 14. Oktober 2010.
- 4) Nummer 200702758/1. Den 16.Juli 2008/Seite 4. Paragraf 2.3., 2.3.1 und 2.3.2.
- 5) Zeitungsartikel *„VVD aanval op Europess hof zet de bijl in liberaal erfgoed“*. Übersetzung: *„VVD Angriff auf europäisches Gericht legte die Axt in der liberalen Erbes“* .(NRC 13/4/11)

### **VI Erklärung und Unterschrift**

Ich erkläre nach bestem Wissen und Gewissen, das die von mir im vorliegenden Beschwerdeformular gemachten Angaben richtig sind.

**STICHTING TER VOORKOMING MISBRUIK GENETISCHE MANIPULATIE (VoMiGEN)**  
*Stiftung zur Vorbeugung des Missbrauchs durch Genetische Manipulation.*

Berlin, den 14 April 2011.

---

Robert A. Verlinden.